



Unser Lebensrecht darf nicht in Frage gestellt werden!

Beschlussvorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik (DIE LINKE)

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Immer wieder wird das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen in Frage gestellt. Entweder bieten Medikamente oder medizinische Entdeckungen die Aussicht behindertes Leben zu verhindern oder – wie in der Pandemie – werden Menschen mit Behinderungen vergessen und ihre Lebensperspektiven gering geschätzt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Schließung von Krankenhäusern und die Entlassung des dortigen Personals. Sie verknappt die bestehenden medizinischen Versorgungsangebote und erhöhen die Gefahr der Triage, was wiederum Menschen mit Behinderungen in Gefahr bringen kann. In all diesen Fällen zeigt sich ein Bewusstsein in dem für Menschen mit Behinderungen kein Platz ist. Die selbstbestimmte Behindertenbewegung hat sich immer gegen solche Positionen gestellt und deutlich gemacht, dass Menschen mit Behinderungen gerne und sehr intensiv leben. Jeder Versuch unser Leben zu verhindern und uns aus dem (öffentlichen) Leben zu verdrängen und zu verbannen muss auf unseren Widerstand treffen!

Bremen hat in den vergangenen Monaten deutlich Position gegen die Finanzierung der vorgeburtlichen Tests auf Trisomie bezogen. Das begrüßen wir. Zugleich sehen wir, dass das Menschenbild, das hinter diesen Tests steht (das behindertes Leben weniger wert und zu verhindern ist) noch immer wirksam ist. Hinzu kommt, dass Menschen mit Behinderungen in besonderem Maße von Armut betroffen sind und auch so von Lebensmöglichkeiten und Teilhabe abgeschnitten sind. Aus diesem Grunde brauchen wir eine Politik in Bremen und im Bund, die jedem Ansinnen, das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen in Frage stellt, einen Riegel vorschiebt und umso mehr die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen stärkt.

Die Bürgerschaft behinderter Menschen fordert:

Bürgerschaft und Senat stellen sich in ihrer praktischen Politik gegen jeden Versuch der Geringschätzung von behindertem Leben und setzen ihren Einfluss auch im Bund in diesem Sinne ein. Sie treten für die Umsetzung einer umfassenden Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ein und ergreifen in Bremen die dazu notwendigen Maßnahmen, die immer auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen. Auch zur Verhinderung in der Zukunft drohender Triage-Situationen sind weitere Krankenhausschließungen zu verhindern.

Für die Fraktion: Florian Grams

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2024 an den AK-Protest erbeten.